

DB-Sammler (DBS) Liste Nr. 4

Drohende Verluste durch Fehlplanungen der Regierung

DB ↓ Nr. Kurze Erläuterungen ↓ zu den Datenblättern

- 12 141 Die Energiewende kostet die Bürger bis 2015 **520 Mrd. Euro**
- 12 142 „Jetzt wird die Energiewende zur Gefahr für ganz Deutschland“, warnte der Bundesrechnungshof.
- 12 143 Wissenschaftsakademien warnten die Regierung ohne Erfolg.
- 12 163 Der Bundesrechnungshof kritisierte die Regierung mit den Worten: „Im Blindflug durch die Energiewende.“
- 12 164 Der E.ON Netz-Chef schrieb in der „Welt“: Wegen der erneuerbaren Energien sind wir „Auf dem Weg in den Blackout“.
- 15 154 Wäre der Umweltstrom billig, bräuchte man ihn nicht mit insgesamt **92 Mrd. Euro** zu subventionieren.
- 12 160 Wenn man die SuedLink-Stromtrasse mit teuren HGÜ-Erdkabeln baut anstatt mit 16 HTS-Kabeln, die an der Hochbahn Vielzweck-Trasse Typ 2 montiert sind, entsteht ein Verlust von **9,2 Mrd. Euro**
- 12 156 Wenn die Regierung 80% Windstrom teuer erzeugen lässt, entsteht durch den Preisunterschied ein Verlust von **19.337,1 Mrd. Euro**
- 12 138 Wenn man 112.193,13 Windenergieanlagen (WEA) für 80% grünen Strom bauen lässt, entstehen Baukosten von mindestens **99,851 Mrd. Euro**
Die Baukosten einer WEA betragen 890.000 Euro
- 12 159 Material-Verschwendung für 112.193,13 WEA: nicht berechnet. Verlust durch WEA-Strom anstatt Wüstenstrom kostet **19.337,1 Mrd. Euro**
- 12 165 Das Main-Echo schreibt: Robert Habeck will „Viel mehr Windräder und Wärmepumpen“, also für die Bürgerschaft und für die Wirtschaft die teuerste Energie, anstatt die Energie zu fördern, die im Einkauf 0,- Euro kostet.

Die Energiewende **kostet den Bürger 520.000.000 Euro**

„WELT“, 10.10.2016 – Von Daniel Wetzels – Wirtschaftsredakteur **gekürzt**

Das Institut für Wettbewerbsökonomik an der Uni Düsseldorf hat die Gesamtkosten der Energiewende bis 2015 berechnet.

- Das Ergebnis: Bis zum Jahr 2025 müssen geschätzt rund 520 Milliarden Euro aufgewendet werden.
- Eine vierköpfige Familie zahlt somit direkt und indirekt über 25.000 Euro für die Energiewende.
- Selten wurde ein Umweltminister so mit Hohn und Spott übergossen wie weiland Peter Altmaier (CDU): Vor drei Jahren erklärte der heutige Kanzleramtsminister, die Kosten der Energiewende könnten sich, wenn nichts getan werde, „bis Ende der 30er-Jahre dieses Jahrhunderts auf rund eine Billion Euro summieren.“

Umgehend hielten große Magazine und Wochenzeitungen von „Wirtschaftswoche“ bis „Zeit“ dem Umweltminister vor, dass er sich bei seinem „Billionen-Ding“ ja wohl verrechnet haben müsse. „Sie dürfen die Leute nicht mit Horrorzahlen auf die Bäume jagen“, verlangte Baden-Württembergs Regierungschef und Grünen-Star Winfried Kretschmann vom CDU-Kollegen. Vielleicht ist jetzt die Zeit gekommen, Altmaier zu rehabilitieren. Denn das Institut für Wettbewerbsökonomik („Dice“) an der Universität Düsseldorf hat die direkten und indirekten Gesamtkosten der Energiewende bis 2015 berechnet und die weitere Kostenentwicklung bis 2025 geschätzt. Dem Ergebnis zufolge könnte das Billionen-Ding sogar früher Wirklichkeit werden, als selbst Altmaier geglaubt hatte.

370 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren

Nach den Berechnungen des Instituts hat die Energiewende zwischen 2000 und 2015 bereits rund 150 Milliarden Euro gekostet. „In den Jahren 2000 bis 2025 müssen geschätzt rund 520 Milliarden Euro (nominal, einschließlich der Netzausbaukosten) für die Energiewende im Bereich der Stromerzeugung aufgewendet werden.“ Ausgehend von den bereits ausgezahlten 150 Milliarden müssten in den kommenden zehn Jahren demnach weitere 370 Milliarden Euro aufgewendet werden.

„Pro Einwohner, vom Neugeborenen bis zum Greis, ergibt sich somit ein Gesamtbetrag von über 6.300 Euro, welcher im Zeitraum 2000 bis Ende des Jahres 2025 anfällt“, führte DICE-Direktor Justus Haucap in Berlin aus: „Eine vierköpfige Familie zahlt somit direkt und indirekt über 25.000 Euro für die Energiewende.“ Das Gros der Kosten ist dabei noch nicht angefallen, „sondern kommt erst auf die Verbraucher zu“, so Haucap: „In den kommenden zehn Jahren werden dies 18.000 Euro für eine vierköpfige Familie sein.“

„Nach 2025 wird die Energiewende auch nicht zum Null-Preis zu haben sein“, sagte Haucap. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei extrem schlecht: Deutschland stoße heute immer noch genauso viel CO₂ aus wie im Jahre 2009. Die deutsche Energiewende-Politik habe somit „null Tonnen CO₂ gespart – für sehr viel Geld.“

“Jetzt wird die Energiewende zur Gefahr für ganz Deutschland”

9. April 2021 windwahn Klimawandel, Politik, Zeitung

gekürzt

Aufrufe 3.597

Im WELT-Bericht vom 31.03.2021 weist Daniel Wetzel, Wirtschaftsredaktion, auf die offenbar unüberwindbaren Diskrepanzen zwischen der Kritik des Bundesrechnungshofes und der naiven (?) Ignoranz der Regierenden insbesondere des Bundeswirtschaftsministeriums hin, die, verantwortungslosen Hasardeuren gleich, die Versorgungssicherheit der deutschen Bevölkerung und der Wirtschaftsunternehmen aufs Spiel setzen.

“Die Bundesregierung nimmt höhere Strompreise und Versorgungslücken in Kauf, um die Energiewende voranzutreiben. Jetzt warnt der Bundesrechnungshof: Wenn es so weitergeht, ist der Standort Deutschland in Gefahr. Die Kosten sind außer Kontrolle – und es droht eine Stromlücke.

Der Bundesrechnungshof hat dem Bundeswirtschaftsministerium vorgeworfen, die Energiewende unzureichend zu kontrollieren und mangelhaft zu steuern. Diese bereits vor drei Jahren geäußerte Kritik an der Energiepolitik haben die Rechnungsprüfer jetzt in einem weiteren Sonderbericht erneuert – und um eine brisante Analyse zur Versorgungssicherheit ergänzt.”

[...]

Ging es zuvor hauptsächlich um die Kostenkontrolle der Energiewende, analysierten die Prüfer jetzt auch, ob die Stromversorgung Deutschlands sicher sei. Das Ergebnis ist alarmierend. Die Bundesregierung habe „die sich abzeichnenden, realen Gefahren für die Versorgungssicherheit nicht ausreichend im Blick“, heißt es in der Untersuchung. Das Monitoring der Energiewende sei „lückenhaft“.

Auch seien im jetzigen System „immer höhere Strompreise“ zu befürchten. Der Bundesrechnungshof zitierte dabei aus einer Studie, wonach für die Stromversorgung einschließlich des Netzausbaus in den Jahren 2020 bis 2025 zusätzliche 525 Milliarden Euro aufzubringen seien. Die Strompreise für Privathaushalte lägen bereits um 43 Prozent über dem europäischen Durchschnitt.

[...]

“Das Bundeswirtschaftsministerium wies die Kritik zurück: Deutschland verfüge über ein konsistentes System zum Bewerten der Versorgungssicherheit. Auch stelle die Wasserstoffproduktion keine Belastung des Netzes dar, weil die Elektrolyse-Anlagen „netzdienlich“ gesteuert werden könnten.

Es wird immer spannender zu erwarten, unter welchen Bedingungen wir ab 2022, nach den Abschaltungen der letzten Großkraftwerke, zu leben gezwungen werden, wie das Chaos bewältigt werden soll und welche Ausmaße unsere heute bereits bei weitem höchsten Strompreise der Welt dann annehmen werden. Bitte hinterlegen: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus224386200/Energiewende-Deutsche-zahlen-die-weltweit-hoechsten-Strompreise.html>

Vor dem G-7-Gipfel haben die nationalen Akademien der Politik einen umfangreichen Katalog von Empfehlungen vorgelegt

Die Wissenschaftsakademien der G-7-Staaten haben eine Stellungnahme zu den Themen des G-7-Gipfels veröffentlicht. Professor Gerald Haug, Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften, erklärt die zentralen Punkte.

VON NORBERT LOSSAU

WELT: Die Empfehlungen der Akademien an den G-7-Gipfel ähneln früheren Stellungnahmen sehr. Gibt es da überhaupt neue Aspekte?

GERALD HAUG: Die Hauptbotschaften sind in der Tat seit Jahren die gleichen. Diese werden beständig von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen gut und klar kommuniziert. Doch es gibt neue Aspekte. Beim Klimathema wird nun betont, dass die Energiewende sozial gerecht gestaltet werden muss. Stärker im Blick ist auch die Klimakompetenz. Es ist wichtig, dass die Menschen die Folgen der globalen Erwärmung für sich und die Gesellschaft besser verstehen. Da gibt es leider noch immer Nachholbedarf.

Es reicht also nicht, ein Problem isoliert zu betrachten, sondern man muss alles im Kontext denken?

Im Prinzip ja. Doch das zentrale und drängendste Grundproblem ist der globale Klimawandel. Daran hängen viele der anderen Fragen – der Kohlenstoffkreislauf, das Energiesystem und auch die Biodiversität. Zwischen den klimabedingt kleiner werdenden Lebensräumen von Tieren und der Wahrscheinlichkeit für Zoonosen besteht ein Zusammenhang. Das Gesamtsystem mit all seinen Aspekten droht aus der Balance zu geraten.

Doch dann müssen wir auch festhalten, dass die bisherigen G-7-Stellungnahmen der Akademien nichts bewirkt haben. Gibt es irgendeinen Grund, dass dies bei der aktuellen Stellungnahme anders sein könnte? Wir müssen optimistisch bleiben und immer wieder auf Chancen hinweisen. Die notwendigen Technologien existieren und damit haben wir grundsätzlich immer noch die Möglichkeit, das Ruder herumzureißen. Die Politik ist jetzt

Die G-7-Staaten sind nur für ein Fünftel des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Wenn China, Indien und Russland nicht mitspielen, können die G-7-Staaten machen, was sie wollen. Es wird die Erwärmung nicht aufhalten.

Die G-7-Staaten sind die größten westlichen Handelsnationen plus Japan. Wenn diese Länder Regeln für den weltweiten Handel beschließen, die dem Klimaschutz dienen, dann können sie damit einen deutlichen Druck ausüben. Ein Drittstaat hat dann nur die Wahl, sich an die Regeln zu halten oder eben keinen Handel mehr mit G-7-Ländern zu treiben. China, Indien und die von monsonalen Regenfällen beeinflussten Länder sind sich zudem bewusst, was in einer mehr als zwei Grad wärmeren Welt passieren wird. Das wird wie ein permanenter El Nino sein. Diese Erkenntnis hat die Wissenschaft erst in den vergangenen 20 Jahren geliefert. Demnach wird es nicht nur heißer, sondern wie in El Nino-Jahren durch eine Südverschiebung des tropischen Regengürtels auch viel trockener. Dadurch werden in Indien, Ostasien und im monsonalen Afrika hunderte Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Das bereitet mir allergrößte Sorge. Also müssen die G 7 Führung übernehmen und den Rest der Welt mitnehmen. Die Technologien, mit denen wir die Katastrophe abwenden können, sind verfügbar und ökonomisch sinnvoll.

Durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine hat sich die Welt verändert. Wie könnte sich das auf den Klimaschutz auswirken?

Die Pandemie hat uns gezeigt, dass die schnelle Umsetzung von technischen Möglichkeiten – ich meine damit die Impfungen – sehr viel bewirken kann. Daraus könnte man doch ableiten, dass auch beim Klimaschutz die Nutzung der richtigen Technologien viel bewirken wird. Der Krieg in der Ukraine hat uns die massive Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vor Augen geführt. Das sollte uns inspirieren, verstärkt in große, nachhaltige Energie-Projekte wie Desertec und eine globale Wasserstoffwirtschaft zu investieren. Wenn wir jetzt sofort mit ganzer Kraft aktiv werden, dann könnten wir in zehn Jahren den Turnaround schaffen.



Zur Person

Gerald Haug, 54, ist seit März 2020 Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) in Halle. Zugleich ist er seit 2015 Direktor der Abteilung Klimageochemie am Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz. Im Jahr 2007 erhielt Haug den mit 2,5 Millionen Euro dotierten Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Erst in zehn Jahren?

Schneller wird es nicht gehen. China ist möglicherweise erst ab 2030 bereit, über eine Reduktion von CO₂-Emissionen nachzudenken. Und Indien baut weiterhin die Nutzung von Kohle massiv aus. Und die, die es technisch könnten, also genau die G-7-Staaten, werden voraussichtlich auch dieses Mal keinen CO₂-Preis beschließen. Deshalb werden wir bestenfalls in zehn Jahren erste größere Effekte auf die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre sehen.

Die meisten Empfehlungen kosten viel Geld. Wo soll das herkommen?

Die erneuerbaren Energien rechnen sich in einer 20-Jahre-Perspektive – national und global. Ihre Nutzung ist billiger, als an der Kohlenstoffwirtschaft festzuhalten. Die Sonne ist umsonst.

(Artikel gekürzt) Quelle: <https://www.welt.de/wissenschaft/plus239087809/Klimawandel-Das-1-5-Grad-Ziel-ist-definitiv-nicht-mehr-erreichbar.html>

Im Blindflug durch die Energiewende

Die zweite Kritik vom Bundesrechnungshof

Welt 21.03 .2021 von Daniel Wetzel [gekürzt](#)

Der Bundesrechnungshof hat dem Bundeswirtschaftsministerium vorgeworfen die Energiewende unzureichend zu kontrollieren und mangelhaft zu steuern.

Diese bereits vor drei Jahren gemauserte Kritik an der Energiepolitik haben die Rechnungsprüfer jetzt in einem weiteren Bericht erneuert -und um eine interessante Analyse zur Versorgung Sicherheit ergänzt. (Es drohe ein Zusammenbruch der der Stromversorgung).

„Seit unserer letzten Bilanz in 2018 hat sich wenig getan um die Energiewende erfolgreich zu gestalten“, sagte der Präsident des Bundesrechnungshofs ,Kay Scheller bei der Vorlage des zweiten Sonderberichtes: „das ist ernüchternd.“

Die Bundesregierung habe die sich abzeichnenden Ggefahren nicht ausreichend im Blick. ...

Auf dem Weg in den Blackout

Eon - Netz Chef fordert dringend Nachbesserung des erneuerbaren Energien -Gesetzes

Von Welt 16.09.2003 v. Daniel Wetzel [gekürzt](#)

Die Wahrscheinlichkeit großflächiger Stromausfälle nimmt wegen des raschen Ausbaus der Windenergie in Deutschland zu, warnt Martin Fuchs Vorsitzender der Geschäftsführung der Eon Netz GmbH. Das erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), das am Mittwoch im Bundestag beraten wird verschärfe die Situation zusätzlich.

Die tieferen Ursachen des Blackouts in Italien liegen darin das in Italien der Kraftwerks- und Leitungsbau jahrelang vernachlässigt wurde.

Björn Lomborg schrieb in der Welt am 30 Dez. 2020, gekürzt

Die Subventionen für die erneuerbare Energie

betragen jährlich 92 000.000.000. Euro,

Dr. Björn Lomborg ist Präsident des Copenhagen

Consensus Center und Visiting Fellow an der Hoover

Institution, Stanford University.:

immer billiger und versorgen immer mehr Teile der EU mit Strom.

Die Analyse untersucht dann aber, was passiert wäre, wenn es keine Subventionen gegeben hätte. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der phänomenale Aufschwung der erneuerbaren Energien in der EU „nicht zustande gekommen wäre“. Diese Analyse geht von der Annahme aus, dass sowohl die Subventionen für erneuerbare als auch die für fossile Brennstoffe gestrichen würden. Es liegt auf der Hand, dass die Abschaffung von sieben Milliarden Euro an Subventionen für fossile Brennstoffe (wie Steueranreize und Preisstützungen) dazu führen würde, dass die erneuerbaren Energien noch besser abschneiden würden.

Doch die Subventionen für erneuerbare Energien liegen mit 92 Milliarden Euro pro Jahr deutlich höher. Nun wären in den ersten Jahren dennoch einige erneuerbare Energien gekauft worden. Das liegt daran, dass die ersten, günstigen Solaranlagen meist in der Mittagszeit, wenn der Verbrauch am höchsten ist, wertvollen Strom liefern und die dann sehr teure Stromerzeugung ersetzen. Aber insgesamt hätte die EU ohne Subventionen 86 Prozent weniger Wind- und 89 Prozent weniger Solarstrom zugekauft.

Sogar ab 2012, als die erneuerbaren Energien immer günstiger wurden, zeigt die Analyse, dass die Gesamtmenge der erneuerbaren Energien in der EU gleich geblieben wäre. Der Grund: Es war einfach nicht wirtschaftlich, noch mehr Solar- und Windenergie zu produzieren, wenn man auch noch für zusätzliche Reservestromversorgung bezahlen musste. Wenn man alle Kosten berücksichtigt, sind die erneuerbaren Energien nicht billiger und hätten seit 2012 in der EU ohne Zuschüsse überhaupt nicht mehr zugenommen.

dann produziert, wenn der Bedarf am größten ist. In Deutschland sehen wir bereits eine ähnliche Entwicklung. Im Jahr 2014 verdienten Solaranlagen die durchschnittlichen Stromkosten zurück. Aber bis 2020 ist ihr Ertrag um 20 Prozent gesunken. Das Gleiche gilt für Windstrom an Land, der immer zu den gleichen, windigen Zeiten ankommt. Der Preis wird in Deutschland laut EU-Bericht bis 2050 auf 83 Prozent des heutigen Niveaus fallen. Am 1. Januar 2018 sorgten starke Winde und eine geringe Stromnachfrage dafür, dass Deutschland zum ersten Mal kurzzeitig seinen gesamten Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien deckte. Dieser Moment wurde allseits bejubelt.

Aber er zeigte auch die problematische Kehrseite der erneuerbaren Energien. Die Preise gingen vorhersehbar ins Minus, weil der gesamte produzierte Strom keine Grenzkosten hatte. Eine aktuelle Studie zeigt, dass deshalb die Attraktivität von Wind- und Solarenergie noch weiter fallen könnte, selbst wenn deren Preise weiter sinken. Das liegt daran, dass diese neuen erneuerbaren Energien in windigen Nächten und an sonnigen Tagen Strom produzieren - zu Zeiten, in denen er am wenigsten gebraucht wird. So werden die Preise sogar häufiger fallen, und der Gewinn wird noch geringer ausfallen.

Tatsächlich zeigen mehrere Studien, dass wir wahrscheinlich weiterhin Solar- und Windenergie bis zu 100 Prozent subventionieren müssen, weil der Wert des produzierten Stroms schneller sinkt als die nötigen Kosten. Eine neue Studie zeigt, dass die erneuerbaren Energien in Deutschland mit steigenden Kosten bis zu 100 Prozent subventioniert werden müssen. Und laut den Ergebnissen der Studie werden auch danach noch weitere Subventionen nötig sein, „um zu verhindern, dass fossile Brennstoffe wieder auf den Markt kommen“.

**Einen Schaden von 9.297.7 Mrd. Euro
diesen will ich verhindern.**

Dieser Milliarden Schaden ergibt sich wenn die Südlink Stromtrasse so gebaut wird wie geplant. (Geländeverbrauch 627 Km x 25 Meter Breite) für ca .15 HGÜ-Erdkabel (s. DB 12 160) wie von <Betreiber Amprion> bekannt gemacht. Dem gegenüber wäre es möglich die Trasse mit einem Gelände-Verbrauch (alle 33 Meter ein Stahlstütze 70 cm Durchmesser für die Hochbahn Vielzweck-Trasse Typ 2) , mit 16 HTS -Kabeln die 4,8 Millionen Haushalte mit Strom versorgen könnten zu Kosten von 43.890.000,00 Euro zu bauen.

10.000.000.000,00 Euro

minus 43.890.000,00 Euro

Differenz: 9.297.760.000,00 Euro billiger wäre die VZT 2

Die Kosten für eine VzT2 oder für eine VzT 6 wurden hier nicht mitgerechnet weil die Trassen zuvorderst gebaut werden müssen, um Steinmaterial von den Alpen bis zu den Küsten- Dämmen zu transportieren, weil die Nordmeerspiegel ständig steigen und eine größere Anzahl Küstendämme in Deutschland und in den Niederlanden erhöht/verstärkt werden müssen.

Ich klage nicht gegen die Bundesrepublik, sondern verlange als Staatsbürger, das Recht und Ordnung durch das höchste Gericht gewahrt bleibt. Weil nicht nur dieser Fall ein Verstoß ist, gegen gültige Vorschriften, wonach die die Parteien und Behörden den preisgünstigsten Einkauf für die Bürgerschaft tätigen müssen, wenn man erwarten kann, dass die gekaufte oder zu kaufende Leistung dem technischen Stand entspricht und qualitativ auch gut ist. In diesem Fall entspräche das VzT 2 Angebot dem gesetzten Rechtsrahmen.

Die Regierung muss nur bekanntmachen, dass ihre bisherige Planung auf überholter technischer Möglichkeit beruht, und dass sie Firmen sucht (z.B: die WEA-bauer) die statt Windräder nun die modernen und leistungsfähigeren Strom-Transport-Trassen bauen können. Was eine erhebliche Steigerung Ihrer Produktionsmöglichkeiten bedeutet

Diese Umwandlung geht nicht so einfach. Deshalb muss eine höhere Institution, um das friedliche Miteinander zu sichern, die Einhaltung der Rechtsordnung sichern. Dazu sehe ich das höchste Gericht verpflichtet. Und deswegen auch den zuständigen Ansprechpartner.

Datenblatt Nr. 12 160

Gez: Walter Back, Büro für Umwelttechnik 638 11 Stockstadt am Main und
Stiftung Walter Back zur Förderung technischen und sozialen Fortschritts fürs Gemeinwohl

Berechnung zu den vom Deutschen Wirtschaftsministerium geplanten zusätzlichen Windanlagen in Deutschland

Wirtschaftsminister Robert Habeck gab in den letzten Tagen im Radio bekannt, dass er die grüne Stromproduktion auf 80% erhöhen will, und dass dafür 2% der deutschen Landschaft für Windanlagen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Gegen diese riesige Umweltzerstörung wehren sich mit Recht viele Millionen Menschen. Auch der Bundesrechnungshof kritisiert in der "Welt" am 31.03.2021 dieses Vorhaben, siehe Datenblatt Nr. 12 163 „Im Blindflug durch die Energiewende“.

Hier die Berechnung, wie viele Windenergieanlagen (WEA) für 80% grünen Strom zusätzlich gebraucht würden:

Vom Gesamt-Energieverbrauch in Deutschland (609,5 Terawatt), siehe DBS Nr. 5: DB Nr. 3.08 a1, liefern 30.965 Windräder einen Anteil von 17,3%.

1% = 6.095.000.000.000 x 17,3% = 105.443.500.000.000 kWh

1% = 6.095.000.000.000 x 80% = 487.600.000.000.000 kWh

Von 487.600.000.000.000 kWh sind 105.443.500.000.000 kWh abzuziehen.

So verbleiben als Fehlmenge 382.156.500.000.000 kWh.

1 Windkraftanlage liefert 30.956 kWh.

Somit: 382.156.500.000.000 : 30.956 ergibt den WEA-Bedarf von 112.193,13 Stück

Hier die Berechnung, wie viel der gewollte Windstrom teurer ist als der Wüstenstrom:
382.156.500.000.000 x 0,0506 € = 19.337,11 Mrd. € teurer, somit Verlust.

Zu diesem Verlust kommen noch die Baukosten für

112.193,13 Stück WEA, pro Stück 890.000 €, somit 99.851.885.700 €

Also 19.337,11 Mrd. € + 99,85 Mrd. € = 19.436,96 Mrd. €

Ferner zusätzlich noch die Schadenskosten für die Zerstörung einer Landschaft, die für die Ernährung der zunehmenden Bevölkerung dringend gebraucht wird.

Ferner ein Teil von den Fördergeldern für grünen Strom in Höhe von ... 90.000.000.000 €

Quellen für die Berechnung:

<https://de.statista.com>, AG Energiebilanzen – Stand: 2019, Deutsche WindGuard, BWE, Fraunhofer ISE, Umweltbundesamt und Agentur für neue Energie.

Es gibt 29.456 Windanlagen an Land und 1.500 Windanlagen in der See. Diese produzierten einen Anteil von 17,3% am gesamten Energieverbrauch in Deutschland, somit von 30.956 Windkraftanlagen.

Baukosten von einer großen W x +

← google.de/search?q=Baukosten+von+einer+großen+Wind+energie+anlage&source=hp&ei=tN4EYsSKA4iUxc8PsrCHsAl&rlisig=



Baukosten von einer großen Wind energie anlage



Alle

Shopping

Bilder

News

Videos

Mehr

Suchfilter

Ungefähr 2.820.000 Ergebnisse (0,65 Sekunden)

Eine Anlage mit einem Megawatt installierter Leistung kostet demnach 890000 Euro.

Inzwischen sind die Preise für den Bau einer **Windenergieanlage** noch weiter gesunken.

Mittlerweile betragen die **Kosten** für die Errichtung, inklusive Montage und Abnahme, zwischen 600 und 870 Euro pro Kilowatt installierter Leistung.

<http://www.solar-und-windenergie.de> › windenergie › kos

[Die Kosten für Windkraftanlagen im Überblick - Solar-und ...](#)

Informationen zu hervorgehobenen Snippets · Feedback geben

Eine Anlage mit einem Megawatt installierter Leistung kostet 890.000 Euro inklusiv Montage und Abnahme ohne Planungs- und sonstiger Kosten

Baukosten für(85.352,67 WEA x 890.000 Euro) = 75.963.876.300 Euro Verlust

Baukosten für(112.193,13 WEA x 890.000 Euro) = 99.851.885.700 Euro Verlust

Windenergieanlagen- **Material-Verschwendung**

im Wert von **99,851 Mrd. Euro** ,die wir bezahlen sollen. Siehe DB Nr. 12 138

Wirtschaftsminister **Habeck und die Seinen** wollen Energieunabhängigkeit. Aber mit einer Stromproduktion von 80 % des deutschen strombedarfs , vorwiegend mit **112.193,13 Stück WEA** (Windenergieanlagen), die nicht einmal die Ausfallfreie Stromversorgung sichern können. Das sollen wir aber bezahlen. Richtiger, sozialer und zuverlässiger, sowie tausende Milliarden Euro billiger wäre der Strombezug aus ca .8 Ländern Nordafrikas. Das würde Deutschland tatsächlich die Stromunabhängigkeit und unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt halten.

Für die Berechnung des Materialverbrauchs für die 112.193,13 WEA habe ich die Daten von Herrn Dipl. Kaufmann Ernstgerber mit denen er fünf WEA (Windenergieanlagen) im Pfälzer Wald verhindern wollte verwendet:

Windrad: Höhe: 200 m, Nabenhöhe 149 m , Flügelspannweite 120 m, 1 Rotorblatt wiegt 60 Tonnen, pro Windrad 3000 Tonnen Beton, 100 Tonnen Stahl, Transportweg für 5 Windräder: 130 000 Tonnen Schotter, 200 000 Tonnen Beton, für den Transport. 600 000 Ltr. Diesel, 850 000 Quadratmeter Waldschaden, weitläufige Umzäunungen.

Berechnung:

Der zusätzliche Material- Bedarf für 112.193,13 Windräder wäre somit detailliert::

3 Rotorblätter a 60 To.= P/WEA 180 T x 112.193,13 WR =..... 20.194.763,4_ To
 3000 Tonnen BetonP/ WEA x 112.193,13 =.....336.579.390,0_ To
 100 Tonnen Stahl xp/WEA x 112.193,13 =.....11.219.313,0_ To
 130.000 T. Schotter:5 = 26.000 x 112.193,13 =.....2.917.021.380,0_ To
 200.000 T. Beton :5= 40 000 To. für Wege x 112.193,13 = 4.487.725.200,0_ To
 600.000 Ltr. Diesel p/WEA : 5 =....120.000 x 112.193,13 =..... 13.463.175.600,0_ Ltr.
 850 000 Meter/² Wald p/WEA : 5 =170.000 qm x 112 193,13 =19.072.832.100,0_ qm
 .Umzäunung und sonstige Kosten sind nicht berechnet .

Der drohende Schaden durch WEA- Baukosten = **99.851.885.700 Euto** sowie durch den teureren WEA- Strom gegenüber dem billigen Wüstensterom = **19,337 ,1 Mrd. Euro**

In Küstennähe sollen demnächst 800 WEA Euro gebaut werden, der Kosten- voranschlag lautet auf: 5,0 Mrd. € wie mir ein Küstenbewohner schrieb. (5.000.000.000,oo Euro: 800) = das wäre aber ein Preis pro/WEA von **6, 250.000 Mio. Euro.**

Viel mehr Windräder und Wärmepumpen

Klimaschutz: Wirtschaftsminister Robert Habeck(Grüne)

bereitet Sofortprogramm vor -Erste Beschlüsse bereits im April

Von unserem Korrespondenten
HANNES KOCH

BERLIN. Dieses Gesetz wird die Produktion sauberen Stroms erhöhen, aber auch zu einer Menge Auseinandersetzungen in vielen Gegenden Deutschlands führen. Zwei Prozent der gesamten Landesfläche sollen künftig für Windkraftwerke zur Verfügung stehen – augenblicklich ist es weniger als die Hälfte. Alle Bundesländer außer vielleicht den Stadtstaaten werden zusätzliche Flächen bereitstellen müssen – auch Bayern, das bisher über weite Strecken Windrad-frei ist. Dies ist ein wesentlicher Inhalt des geplanten Wind-an-Land-Gesetz von Bundeswirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Grüne).

Reform des EEG

Dieser startete zum Beginn der Woche den öffentlichen Teil sei-

ner Arbeit. Am Montag verbreitete das Ministerium Informationen über das kommende »Klimaschutz-Sofortprogramm«. Am Dienstag folgt die sogenannte Eröffnungsbilanz, in der Habeck den Stand der Energiewende analysieren will. Ein erstes Gesetzespaket solle bereits im April vom Bundeskabinett beschlossen werden, hieß es aus dem Ministerium. Als Kernpunkt wurde die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) genannt. Die Spitze des Hauses plant, zahlreiche Gesetze in diesem Jahr durch Kabinett, Bundestag und Bundesrat zu bringen, damit sie ab dem Jahr 2023 wirken.

Die Flächen für Windräder sind nur ein Punkt unter vielen. Vielfältige Maßnahmen sollen das Tempo der Energiewende und die Produktion von erneuerbarem Strom erhöhen. Das Ziel lautet, deutlich mehr Elektrizität mit Techniken herzustellen, die kei-

nen klimaschädlichen Ausstoß von Treibhausgasen verursachen. Dafür will das Ministerium beispielsweise die vorgeschriebenen Jahresmengen für den Neubau von Windrädern und Solarkraftwerken anheben und die entsprechenden Genehmigungsverfahren vereinfachen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei im überragenden öffentlichen Interesse und diene der öffentlichen Sicherheit, hieß es im Ministerium.

Gesetzliche Solarpflicht

Kommen soll unter anderem die gesetzliche Solarpflicht für neue Gebäude. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: Alle gewerblichen Neubauten würden dann automatisch Sonnenenergie-Anlagen erhalten. Für Wohnhäuser einigten sich SPD, Grüne und FDP auf eine »Regel«, die Ausnahmen zulässt. Außerdem will das Wirtschaftsministerium nun auch den Bau von Freiflächen-Solaranlagen erleich-

tern, die in Industriegebieten oder auf Agrarflächen stehen können.

Die Reform des EEG wird die Abschaffung der gleichnamigen Umlage enthalten, die die Privathaushalte und meisten Firmen im Rahmen ihrer Stromrechnungen bezahlen. Dabei geht es um eine Größenordnung von 20 Milliarden Euro. Diese Summen will die Regierung ab 2023 aus dem Bundeshaushalt und dem ihrem Klimafonds tragen. Die Folgen: Strom wird dadurch relativ billiger, und Ökostrom konkurrenzfähiger gegenüber fossilen Energieträgern wie Erdgas oder Erdöl. Zudem erhalten die Verbraucher einen Ausgleich für die steigenden Kosten des Kohlendioxidpreises, der fossil erzeugte Heizwärme, Benzin und Diesel verteuert.

Heizwärme aus der Erde

In Gewerbe- und Wohngebäuden bedeutet das konkret, dass die traditionellen, mit Öl und Gas be-

feuerten Heizungen zunehmend weichen und beispielsweise Wärmepumpen Platz machen müssen. Diese werden mit Ökostrom angetrieben und holen Heizwärme aus der Erde. Im Verkehrssektor geht es nicht zuletzt darum, die Infrastruktur für den Betrieb von Millionen Elektroautos zu schaffen. 2030 sollen bundesweit eine Million Ladepunkte, also Stromtankstellen, zur Verfügung stehen.

Die Industrie schließlich braucht große Mengen Wasserstoff, um Kohle und Erdgas zu ersetzen. Dieser muss mit erneuerbarem Strom erzeugt werden. Auch dafür will das Wirtschaftsministerium die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen. Mit allen diesen Instrumenten soll der deutsche Kohlendioxid-(CO₂)-Ausstoß bis 2030 – das ist quasi übermorgen – um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 zurückgehen. 2045 soll die CO₂-Emission dann nahe Null liegen.